

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Seite oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45.

Freitag, den 22. Februar 1918.

25. Jahrg.

## Frieden und Wahlrecht.

Durch die Reden des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Genossen Dr. David ist dem Reichstag und der ganzen Welt der Funkspruch der russischen Regierung bekannt geworden. Um von dem Verhalten der Petersburger ein klares Bild zu gewinnen, muß man die beiden Bruchstücke des Funkspruchs, die von Kühlmann und David mitgeteilt wurden, zusammenhalten. In diesem Funkspruch protestiert zunächst — Mitteilung Davids — der Rat der Volkskommissare gegen den Vormarsch der deutschen Truppen, da der Waffenstillstand von keiner Seite sieben Tage zuvor gekündigt worden sei. Die dadurch geschaffene Lage wird als unerwartet bezeichnet. Im Anschluß daran heißt es dann — Mitteilung Kühlmanns — der Rat der Volkskommissare sehe sich genötigt, zu erklären, daß er den Frieden auf Grund der Bedingungen, die von den Abordnungen des Vierbundes in Brest vorgeschlagen wurden, zu unterzeichnen bereit sei und auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich antworten werde.

Es wäre jedenfalls besser gewesen, Herr v. Kühlmann hätte das politische so wichtige Schriftstück dem Reichstage vollständig mitgeteilt, als daß er es dem sozialdemokratischen Redner überlassen hätte, die nötigen Ergänzungen hinzuzufügen.

So also stehen die Dinge: die russische Regierung ist bereit, die Bedingungen von Brest-Litowsk anzunehmen, sie legt aber selbst Gewicht auf die Feststellung der Tatsache, daß diese Bereitschaft nur die Folge des überraschenden deutschen Vormarsches ist.

Durch diese Feststellung sucht sie zweierlei zu erreichen. Erstens will sie nach außen hin deklarieren, daß der Frieden, den sie zu schließen bereit ist, nach ihrer Auffassung kein Verständigungsfrieden ist. Und zweitens will sie sich nach innen Deckung schaffen, indem sie erklärt, nur einem übermächtigen Drucke weichen, einen Frieden zu unterzeichnen, den sie als imperialistisch bezeichnet hat.

Auf alle Fälle ist die volle russische Friedensbereitschaft nun da, und es fragt sich nur noch, welchen Gebrauch die Regierungen des Vierbundes von ihr zu machen gedenken. Darüber hat Herr v. Kühlmann keine erschöpfende Auskunft gegeben.

Die deutsche Regierung kann von Rußland nun alles haben, was sie auf der Konferenz von Brest-Litowsk von ihm gefordert hat. Diese Forderungen sind in der vorletzten Sitzung vom 9. Februar folgendermaßen formuliert worden:

„Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden.“

Der Verlauf dieser Schnittlinie ist in der Konferenz näher bezeichnet worden. Es ist anzunehmen, daß sie Litauen, Kurland, einen Teil Estlands und Volens von Rußland abschneidet, aber nicht die Ukraine, von der damals Graf Czernin noch sagte, ihr Verhältnis zur Petersburger Regierung gehe den Vierbund nichts an.

Aus der letzten Sitzung, der vom 10. Februar, wurde dann berichtet:

Während von russischer Seite in diesen Sitzungen versucht wurde, die strategischen Nachteile nachzuweisen, denen Rußland durch die vorgeschlagene Neuziehung seiner Westgrenze ausgesetzt wäre, wurde diese Auffassung von deutscher Seite unter mehrfacher Betonung, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze, sondern um eine Grenze Rußlands mit den neuen Randstaaten handele, eingehend widerlegt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Im Laufe der Sitzung erklärte Herr v. Kühlmann:

Wenn kein Gedächtnis ihn nicht trüge, bezeichne der Waffenstillstandsvertrag den Abschluß des Friedens als den eigentlichen Zweck dieses Beschlusses. Würde also mangels Abschluß eines Friedens der eigentliche Zweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würden nach Ablauf der vorgesehene Frist die Kriegshandlungen wieder aufleben. Die Tatsache, daß die eine von den beiden Parteien ihre Armeen demobilisiere, würde hieran weder tatsächlich noch rechtlich irgend etwas ändern.

Zum Schluß erklärte Trotski, seine Delegation habe jetzt alle Vollmachten erschöpft, die sie erhalten habe. Sie halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen, welche die verbündeten Delegationen machen würden, werde sie im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und daraus die Antwort erteilen.

Auf die Frage des Staatssekretärs von Kühlmann, auf welchem Wege dieser Gedankenanstausch erfolgen solle, entgegnete Trotski, die russische Delegation habe von Brest-Litowsk aus eine direkte Drahtverbindung mit Petersburg gehabt. Vor der Einleitung des Waffenstillstands habe man sich durch Funksprüche verständigt, und außerdem befänden

sich jetzt in Petersburg Vertretungen der vier verbündeten Mächte, die mit ihren Regierungen verkehren könnten. Auf diesem Wege könne man eine Verbindung herstellen.

So ist nun wieder durch einen Funkspruch die Verbindung hergestellt worden. Die bolschewistische Regierung zieht die Folgerungen aus der von ihr selbst festgestellten Tatsache, daß ihr zum Kampf gegen einen äußeren Feind die erforderlichen Machtmittel fehlen. Sie kapituliert!

In diesem Augenblicke erheben sich aber wieder heiser krächzende Stimmen, die rufen: „Frieden? Davon kann keine Rede sein! Litauen, Kurland, Polen? Nicht genug, nicht genug! Wir marschieren jetzt, marschieren wir weiter!“

Offen tritt die Meinung hervor, Deutschland dürfe sich mit den Bedingungen von Brest-Litowsk nicht mehr zufrieden geben. Es müsse weitergehen und mindestens noch die Räumung von Estland, Litland, Finnland und der Ukraine verlangen. Andere wieder meinen, der Kampf gegen den Bolschewismus sei die Hauptsache, mit der bolschewistischen Regierung dürfe man überhaupt keinen Frieden schließen.

Eine Atempause im großen Totentanz des Ostens. Auch in England und Frankreich regen sich jetzt Stimmen der Besinnung. Aber die nationalistischen Gegner rasen toll und toller, als ob der Krieg die Welt überleben wolle und nicht die Welt den Krieg!

Dieselben Herrschaften, die dem Frieden Fehde anjagen, haben in Preußen und damit in Deutschland dem eigenen Volke den Krieg erklärt. Sie haben den Mut gehabt, im Verfassungsausschuß des Dreiklassenparlaments durch einen Beschluß in die Vorlage, die das gleiche Wahlrecht bringen sollte, das Pluralwahlrecht hineinzupushen. Es ist nicht nötig, an dieser Stelle auf die Ungerechtigkeit einer jeden Ungleichheit im Wahlrecht hinzuweisen. Sie ist in Deutschland schon jedem zehnjährigen Volksschüler bekannt, und der Versuch, derartige Ungleichheiten in der einen oder anderen Form aufs neue gesetzlich festzulegen, heweist an und für sich den Wahnsinn gewisser kleiner Kreise, welche sich einbilden, mit dem Votum eines auf keinem Rechtsboden stehenden und vom Volkswillen längst geächteten Bruchparlaments das Rad der Zeit aufhalten zu können.

Die Situation wird um so toller, weil mit diesem Votum nicht allein dem gesamten Volksempfinden ins Gesicht geschlagen wird, sondern weil man auch damit der Regierung Fehde spricht, welche, als sie in ihr Amt kam, unter anderem die Verpflichtung übernahm, Preußen das gleiche Wahlrecht zu sichern. Endlich aber ist der Beschluß deshalb besonders interessant, weil er eine von konservativer Seite getragene, nach konservativen Lehren doch eigentlich unzulässige Befehdung eines deutlich bekundeten Königswillens durch konservative Kreise enthält.

Die Herren von der Wahlrechtspartei spielen mit dem Feuer. Ihnen sei nicht, welche Unsumme von Erbitterung ihr Beschluß im ganzen Lande nachrufen muß und wie sehr sie dadurch den Leuten Wasser auf die Mühlen leiten, welche aus einer friedlichen Entwicklung Deutschlands heraus wollen um ähnliche wahnstauende Ideale zu verwirklichen, wie sie die Bolschewiki haben? Begreifen sie nicht, daß ihr Beschluß ihnen die Verantwortung ausblüdet für etwaige unliebsame Erscheinungen, welche die nächsten Wochen vielleicht bringen könnten?

Nicht nur im Interesse des Volkswillens, nicht nur, um nicht wortbrüchig zu werden, nicht nur, um den Willen des Königs durchzuführen, sondern auch um Unheil zu verhindern, das hier absolut unbedenkliche Minderheitspolitiker herbeizuführen im Begriff stehen, hat das Ministerium Hertling in Preußen jetzt die Pflicht und die Aufgabe, auf dem kürzesten Wege dem preussischen Volke die Gewißheit zu schaffen, daß eine derartige Verhöhnung alles Vorwärtstretens und aller für gesunde und friedliche Entwicklung eintretenden Elemente unmöglich wird. Jetzt haben die Minister Hertling, Friedberg und Drews zu beweisen, daß sie das Vertrauen des Volkes, der Reichstagsmehrheit und ihres Königs verdienen. Bewähren sie sich jetzt nicht, so müssen sie ihre Mandate in die Hände der Leute zurücklegen, welche ihnen auf ihr Programm hin vertrauten. Das gleiche Wahlrecht ist die Forderung der Zeit. Wer sich daran vergeht, wird zugrunde gehen, sei es eine konservative Gruppe, seien es ängstliche, schwankende Minister. Wir wollen Frieden im Lande, wie wir Frieden an den Grenzen wollen, und wir müssen jedem, der sich nicht in den Dienst des Volkes stellt, die bitterste Fehde anjagen.

## Der Friedensschluß mit der Ukraine.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages erörterte am Donnerstag zunächst die wirtschaftlichen Fragen, die mit dem Friedensschluß mit der Ukraine verknüpft sind. Nach einem einleitenden Referate des Vertreters des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Körner, erklärte der nationalliberale Abg. Liszt, Ehlingen, daß anerkannt werden müsse, daß unsere Unterhändler herausgeholt haben, was nach Lage der Sache herausgeholt werden konnte. Die Schwierigkeiten des Bezuges von Getreide dürften hauptsächlich in der Transportfrage zu suchen sein, weshalb es sich empfehlen dürfte, daß die Ukraine die in den dortigen Häfen liegenden englischen Schiffe zu Transportzwecken beschlagnahmen würde. Unterstaatssekretär Göppert spricht dann über die Art und Weise der Handel mit der Ukraine getrieben werden soll. Für jede Warengattung, die eingeführt oder ausgeführt werden soll, ist eine besondere Kommission geschaffen worden. Eine Kommission wird in der Ukraine die vorhandenen Vorräte ermitteln. Der Handel, der von Staat zu Staat gedacht ist, wird hauptsächlich den Donauweg einschlagen müssen.

General Friedrich geht dann auf die am Dienstag im Haushaltsausschuß angehängte Angelegenheit ein, wonach ukrainische Kriegsgefangene von der deutschen Regierung nach dem Osten geschickt worden sind, um dort agitatorisch tätig zu sein. Er erklärt, daß auf Wunsch der Obersten Heeresleitung allerdings ein paar Dutzend ukrainische Kriegsgefangene in die besetzten Gebiete geschickt worden sind, aber nicht, um dort antipolnische Agitation zu betreiben, sondern um die Bevölkerung über Deutschland auszuklären. Außerdem habe man die 50 000 ukrainischen Kriegsgefangenen im Lesen und Schreiben unterrichtet.

In der weiteren Aussprache erklärte Abg. Erzberger dieses Vorgehen für dankenswert, während Abg. Trautzschinski (Pole) seinen Vorwurf aufrechterhielt. Tatsächlich hätten diese Gefangenen antipolnische Agitation betrieben. Abg. Dr. Cohn hat gegen den Unterricht, der den Gefangenen erteilt wurde, nichts einzuwenden, aber der Zweck, den man damit verfolgte, sei auf alle Fälle zu verurteilen. Die ukrainischen Kriegsgefangenen seien ganz systematisch zu Agitatoren ausgebildet worden und man habe ihnen zu verstehen gegeben, daß ihr Vornamen nichts mehr gelte. Abg. Koste findet es erfreulich, daß in den Gefangenenlagern Kulturarbeit geleistet wurde. Wenn einzelne Gefangenen-Kategorien herangezogen worden seien, so sei das unter Umständen gewiß annehmbar, aber in anderen Ländern sei das auch geschehen. Wenn vor allen Dingen nicht mehr geschehen ist, als was bis jetzt festgestellt wurde, so sei der Regierung ein Vorwurf nicht zu machen. Wohl

aber wäre es zu verwerfen gewesen, wenn man diese Leute zum Kampf gegen ihr eigenes Vaterland gebrängt hätte.

General Friedrich weist dann den Vorwurf des Abg. Cohn zurück, daß das Kriegsministerium die Gefangenen zum Landesverrat verleitet habe.

Sodann hält Geheimrat Wend von der Berliner Universität an der Hand von Kartenmaterial einen Vortrag über die geschichtlichen Grenzen der Ukraine. Er erklärte dabei, daß das Cholmer Land unstrittig ukrainisch sei. Dem traten die Polen ganz entschieden entgegen, insbesondere behauptete der Abg. Senda, daß Geheimrat Wend ein bekannter alldentscher Agitator sei, daß seine Unparteilichkeit also sehr zweifelhaft sei. Er bestand darauf, daß die Abtrennung des Cholmer Gebietes eine große Vergewaltigung der Polen bedeute. Nach einer kurzen Aussprache verteidigte Geheimrat Wend seine Stellungnahme und hob hervor, daß das vorliegende statistische Material außerst lückenhaft sei und auf seine Richtigkeit hin auch gar nicht kontrolliert werden könne.

Graf Mirbach, der Vorsitzende der deutschen Kommission, die in Petersburg gewirkt hat, berichtete dann über seine Eindrücke, die er in Petersburg gewonnen habe. Die Rede, die er hielt, war ganz auf den alldentschen Ton gestimmt und man war über die Oberflächlichkeit der ganzen Darstellung außerordentlich erstaunt. Der Graf, der früher im diplomatischen Dienste in Petersburg war, erzählte eine Reihe Anekdoten und meinte dann, daß den Bolschewiki, die zweifellos kluge Führer haben, doch die gestaltende Kraft abgehe. Insbesondere könne man sicher annehmen, daß die Mehrheit des Volkes nicht hinter den Bolschewiki stehe. — Die Aussprache wandte sich dann wieder den wirtschaftlichen Fragen zu. Abg. Gothein heurteilte die in der Ukraine vorhandenen Getreidevorräte sehr optimistisch, erkannte aber an, daß der Abtransport sehr großen Schwierigkeiten begegnen werde. Vielleicht, daß nach dem Friedensschluß mit Rumänien darin eine Besserung eintreten könne. Abg. Koste hob hervor, daß wir so rasch als möglich Lebensmittel brauchen. Der momentane Papierfrieden mit der Ukraine werde hoffentlich bald zu einem Brotfrieden werden; aber in der Ukraine herrschen ohne Zweifel Anarchie und die ukrainische Regierung dürfte vermutlich nicht viel Macht hinter sich haben. Man werde also erst abwarten müssen, bis Ruhe und Ordnung eingekehrt ist, denn erst dann werde die Einfuhr ungehindert vorantreiben gehen können. Allzu große Hoffnungen werde man auf die Einfuhr nicht setzen dürfen. Es müsse aber unbedingt verlangt werden, daß die erfassten Vorräte der Nationalisierung unterstellt werden. — In den weiteren



probt hätten. Die Frauenblusen sollen nach dem Fachblatt erst leicht nach den geringsten sachmännlichen Anforderungen entwerfen. Ueber sie schreibt das Organ:

Man sagte uns, daß die Stoffe aus Polen stammten und von der dortigen Landbevölkerung getragen würden. Das erklärt manches. Die Vorliebe der polnischen Kleinstädter und Bauern für lebhafte Gebirge, oft grelle Farben ist bekannt. Dabei waren diese Blusen von den Fabrikanten mit einer erschreckenden Einfachheit und Primitivität gearbeitet. Alles nach ein und demselben Schema, mit hochgehendem Schlüßbogen, unter litziger, abfälliger Scheitelteilung jedes verzierenden Beiwerts. Man mischerste uns nicht. Wir meinen keine Bluse mit allen Attributen der neuesten Moderevolution. Auf diese soll und kann der vornehmlich auf das Praktische gerichtete Zweck der Reichsleitung allerdings nicht gehalten sein. Eines konnte man aber tun: nämlich aus demselben Material, wenn es auch altfränkisch aussieht, verschiedene Dessins und Formen herstellen. So aber wurde alles über einen Kamm geschlagen so daß eine gewisse Uniformität bei den Trägerinnen der Reichsleitung herbeigeführt wird, denen man schon von weitem ansieht, daß sie mit der Reichsleitung in Geschäftsverbindung gestanden haben. Die moderne Arbeiterin von heute stellt in der Tat höhere Ansprüche an eine wenn auch einfache, aber doch geschmackvolle Kleidung. Das ist ein Zeichen höherer Kultur. Wenn man ihr aber von der Reichsleitung gleich „polnisch“ kommt und ihr zumutet, mit vorantastlich anmutenden Womels, noch dazu in Preislagen von 12 bis 35 Mark, sich zu begnügen, dann wird sie sich es sicher überlegen, als Käuferin aufzutreten. Dann wird allerdings eine größere Streuung der Warenbestände eintreten, was der Reichsleitung vermutlich erwünscht sein wird.

Siegele Sachleute haben uns erklärt, daß die armen Menschen, die sich diese sogenannte Reichsleitung anschaffen müssen, sowohl hinsichtlich des Preises als auch der Qualität der Ware verraten und verkauft seien.

### Die Vaterlandspartei

ist eifrig bemüht, Mitglieder zu fangen. Das scheint aber nicht den gemüthlichen Erfolg zu haben, denn sonst würde sie sich wohl nicht an die — Organisation der Arbeiter wenden und diese zur Werbung von Mitgliedern auffordern. Es handelt sich hierbei nicht, wie vielleicht einige Leser vermuten, um einen verspäteten Postfachschmerz, sondern um eine Tatsache. Den hiesigen Verbänden der Metall-, Transport- und Fabrikarbeiter ist von Berlin aus ein Werbeflugblatt mit Beitrittserklärung zugegangen, das, wie wir wohl nicht besonders zu betonen brauchen, natürlich die „gebührende“ Beachtung gefunden hat. Die Vaterlandspartei sollte sich wirklich Dummere ausführen.

### Zur Erhöhung der Familienunterstützung

tragen wir unserer gestrigen Notiz noch nach, daß die vom Bürgerausschuß eingesezte Kommission empfahl, den Stellungsbesitz Antrag dem Senat entgegenzubringen. Auf Antrag von Dr. von Broden wurde jedoch beschlossen, die Verhandlung dieses Gegenstandes bis zur nächsten ordentlichen Sitzung auszuschieben. — Die Kriegesfrauen sind ja das Warben auch schon gewohnt.

### Bühnen Staatshaushalt.

Der Haushaltsplan für 1918 ist dem Bürgerausschuß zugegangen und der Haushaltskommission überwiesen worden. Derselbe schließt rechnungsmäßig ab in Einnahme und Ausgabe mit 26.694.212,67 M., der Zehlbetrag beträgt 319.227,53 M. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, daß als Abschlag auf die aus Anlaß des Krieges entstandene schwebende Schuld 1.000.000 M. in den Haushaltsplan eingestellt worden ist. Ursprünglich bestand bekanntlich die Absicht, diese Schuld mit verstärkter Tilgung außerhalb des Staatshaushalts zu bedenken.

### Die Einkommensteuerverträge für 1918.

Der Senat beantragt, wie bisher, 7% Einheitsätze zu erheben. Soweit das steuerpflichtige Einkommen nicht mehr als 3000 Mark beträgt, sollen nur 6% Einheitsätze erhoben werden. Uns scheint, daß es dringend notwendig ist, mit Rücksicht auf die letzten Zeiten die für die Steuerermäßigung in Betracht kommende Grenze zu erhöhen.

wb. Das Kunstwerk Thomas Manns. Herr Dr. Jung beschränkte sich am Mittwochabend in seinem dritten Vortrag zunächst noch mit den Romanen, vorwiegend mit „Tristan“ und „Tonio Kröger“. Erstere bezeichnet er als eine der feinsten Blüten der Novellistik. Das Motto, das Thomas Mann seinem „Tristan“ vorausgeschickt hat, das Wort Ibsens: „Dichten heißt, Gerichtsstag halten über sich selbst“, zieht er wie ein roter Faden durch alle Romanen des Dichters. Die Gestalten und Charaktere, die er schilbert, stehen entweder über ihm oder unter ihm. Weder ihm als Ziel seiner Sehnsucht, unter ihm als abgeschlossene Entwicklungsphasen. Von Manns erstem Roman, den „Buddenbrooks“ bis zu seiner „Tristan“-Novelle sei ein merkwürdiger Umsturz in der Entwicklung des Dichters zu konstatieren. Der Vortragende gab dann in großen Zügen ein Bild von dem Inhalt des „Tristans“. Diese Novelle sei von Anfang bis Ende auf Ironie gestellt. Im Grunde sei der Stoff tragisch. Der Dichter zeige seine Fähigkeit, systematische Empfindungen wiederzugeben. Die Uebertreibungen in der Novelle erinnern stark an Schopenhauers „Aufsatz“. In Schopenhauer erkenne Mann die geistige Quelle der Tristan-Motiv. Die Absicht, die dem Dichter bei dieser Arbeit leitete, sei eine Abrechnung mit sich selbst gewesen. In „Tonio Kröger“ liege keine literarische Beichte vor. Das Problem sei stark tragisch. Der Unterbau bedeute den Zwiespalt zwischen Kunst und Leben. Es handle sich um ein künstlerisch außerordentlich hochstehendes Werk. „Lebe, liebe, lobe in seliger Gewöhnlichkeit“, eine klare und bewußte Hinneigung zum utopischen Empfinden, komme darin zum Ausdruck. In dem Roman „Königliche Hoheit“, der dann ausführlich besprochen wurde, spreche Thomas Mann von einer Weltanschauung der Erkenntnis zu einer Weltanschauung der Tat. Mann nannte dieses Buch selbst ein literarisches Märchen. Die Breite, in der in dem freundlichen Kunstwerk das Höfliche eines kleinen deutschen Landesherrn geschildert wird, habe nicht ab. Deutlich seien die staatspolitischen und moralischen Grundtendenzen des Werkes. Die Haupthandlung — die Liebe zwischen dem Prinzen und der amerikanischen Millionärstochter — sei märchenhaft. Während die Hoffnungen trefflich gezeichnet sind, grenzen die Parzen über den unerschrockenen Reichtum des Amerikaners wieder an das Märchen. Aber rein märchenhaft sei die Arbeit nicht. Von einem Märchen verlangen wir, daß es uns der Wirklichkeit entziele. Das sei aber beim Lesen dieses Buches nicht der Fall. Wie in den Buddenbrooks sei auch hier die Welt mit fahbarer Treue hingestellt. Die Menschen bis ins kleinste gezeichnet. In der wunderbaren Ironie dieses Romans veranschauliche sich eine Wandlung der Weltanschauung Manns. Hier sei der Künstler zum ersten Male unabhängig geworden. Es gäbe wieder ein Pakzieren mit dem Leben vor ihm. Auch die Abkehr von der Einseitigkeit des Künstleriums zeige sich in der „Königlichen Hoheit“. Die Ironie des Dichters komme am Schluß des Romans zum Ausdruck. Der Unterschied zwischen Sein und Schein sei im übrigen das Hauptproblem, auf dem alle Werke Manns ruhten, wie wir am nächsten Vortragabend auch im „Tod von Venetien“ sehen würden. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen.

Jahresbericht des Deutschen Arbeiter-Abnehmerbundes, Ortsgruppe Lübeck. Im verfloffenen Jahre konnte unter dem Druck der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Verhältnisse die Tätigkeit unserer Ortsgruppe in der Hauptsache sich nur darauf beschränken, unsere Organisation aufrecht zu erhalten. Dank der unermüdeten Mitarbeit der noch zur Verfügung stehenden tätigen Mitglieder können wir mit Genugtuung feststellen, daß der jetzt schon im letzten Jahre während des Weltkrieges bisher nicht in einem der Bestand unserer Ortsgruppe zu erspäthern. Der Ver-

# Der amtliche Kriegsbericht.

1918. Großes Hauptquartier, 22. Febr. (Amtlich.)  
Wöchlicher Kriegsausgang.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenwerfertätigkeit. Kleinere Erdungsgeschäfte. In der Bahn Sperr-Koulers wurde eine englische Feldwache überrollt und gefangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde 24 feindliche Flugzeug- und 2 Zersplitterballons abgeschossen.

### Wöchlicher Kriegsausgang.

#### Seeresgruppe Eickhorn.

In Ostland wurde Hapsal genommen. Das erste russische Regiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

In Ostland hielten unsere Kolonnen über Konneburg, Wolmar und Spandau hinaus vor. Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Rjezja eingedrückt; südlich hielten sie bis Sjuzja vor.

Minist wurde befehligt.

#### Seeresgruppe Linjingen.

Bei Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampfe wurden Fortschritte erzielt. Bei Nowogradowolynsk haben wir die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen. Unsere Kolonnen marschieren auf Dubus los.

#### Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

lust von einigen Mitgliedern, welchen wir trotzdem zu verzeihen haben, erstreckt sich fast ausschließlich auf jugendliche Genossen und Genossinnen, welche jedenfalls zum Teil ohne reifliche Ueberlegung unserer Bewegung beigetreten waren, oder die Abstinenz als Sport- oder Modesache angesehen hatten. Zum Teil mag auch der Umstand, daß es unter den jetzigen Verhältnissen schwieriger ist, neue Mitglieder durch fortgesetzte Auffklärung zu überzeugten Abstinenzten heranzubilden, diesen Mitgliedern Verlust verschuldet haben. Jedenfalls müssen derartige Umstände unsere agitatorisch tätigen Mitglieder veranlassen, bei Entgegennahme von Beitrittsanmeldungen mehr als bisher Nachsicht walten zu lassen, und der Tatsache zu gedenken, daß unsere Organisation, welcher nicht das zufällige Beiwert der bürgerlichen Abstinenzbewegung anhängt, in der Hauptsache eine Vereinigung von überzeugten Abstinenzten sein muß, und daß von unseren Mitgliedern, wie von jedem wirklich überzeugten Abstinenzten ein gut Teil Idealismus verlangt wird. Auf die Verbindung mit dem am Krieg teilnehmenden Mitgliedern ist leider auch die lange Kriegsdauer nicht ohne schädigende Wirkung geblieben, und ist es hauptsächlich unser Organ, „Der abstinente Arbeiter“, durch den unsere Kriegsteilnehmer noch über den Stand der Bewegung unterrichtet werden. Besondere agitatorisch wirkende Veranstaltungen haben im Berichtsjahre nicht stattgefunden. Die Ortsgruppenleitung war hauptsächlich bestrebt, durch bessere Ausgestaltung der Versammlungen den Zusammenhang unter den Mitgliedern zu fördern. Besonders trat dieses Bestreben gegenüber den jugendlichen Mitgliedern hervor. Für dieselben wurden besondere zwanglose Zusammenkünfte, zu denen auch nichtabstinente Jugendliche Zutritt hatten, monatlich einmal im Jugendheim abgehalten. Durch eifrigere Mitarbeit auch der jugendlichen Mitglieder war es gelungen, diese Zusammenkünfte unterhaltend und belehrend zu gestalten. Leider ließ aber die Beteiligung infolge verschiedener widriger Umstände, deren Ursache ebenfalls auf das Konto des Krieges zu setzen ist, im letzten Halbjahre immer mehr nach, so daß die Ortsgruppe sich veranlaßt sah, die Zusammenkünfte der jugendlichen Abstinenzten bis auf weiteres nicht abzuhalten. Trotzdem muß es unsere erste Aufgabe sein, die einmal gewonnene Fühlung mit der Arbeiterjugend aufrecht zu erhalten und nach besten Kräften beizutragen, daß die Erkenntnis von dem Unwert der geistigen Getränke und deren Schädlichkeit für die Aufwärtsentwicklung des einzelnen wie der Gesamtheit sich in ihren Reihen, als den zukünftigen Trägern der freien Arbeiterbewegung, immer mehr Bahn bricht. Leider sind unserer Tätigkeit für diese Aufgabe jetzt noch mehr als in Friedenszeiten Sarranten besetzt, da uns ein Teil der besten, für die Mitarbeit tüchtigen Mitarbeiter durch den Weltkrieg entzogen ist. Darum sehnen wir unsomehr den Frieden herbei, damit alle Kräfte, welche an der Befähigung einer besseren Zukunft der Menschheit mitarbeiten wollen, wieder frei werden.

Das Geich, bez. den öffentlichen Arbeitsnachweis, wird in der Nr. 6 des hiesigen Geich- und Verordnungsblattes vom heutigen Tage veröffentlicht.

pb. Diebstahl eines Dienstmädchens. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen, welches dem Gast seiner Herrschaft einen Geldbetrag von 510 M. gestohlen hatte. Das Geld konnte fast reißlos wieder herbeigeschafft und dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

pb. Schlan angefangen. Festgenommen wurden drei Arbeiter und eine Arbeiterin, die in einer hiesigen Wurstfabrik eine größere Menge Wurst gestohlen hatten. Um die zur Verhinderung von Diebstählen eingeführte Kontrolle zu umgehen, hatten die Diebe die Wurst aus einem nach der Straße zu führenden Fenster geworfen, wo sie von einem Helfershelfer aufgefangen und fortgeschleppt wurde. Dabei wurden letztere jedoch abgefaßt und der so gut angelegte Diebesplan wurde zunichte.

pb. Sutterdiebstahl. Ermittelt und festgenommen wurden drei Schiffsleute eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, die von der Schiffsladung mehrere Kisten Zucker gestohlen und verkauft hatten. Ihre bisher ermittelten Abnehmer, nämlich ein Gastwirt aus der Großen Burgstraße und ein Handlungsgeschäft aus der Beyerstraße, wurden wegen Hehlerei festgenommen.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Steinbeckellen, die seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Strafverübung itabrischlich verfolgt wurde.

pb. Durch Einbruchdiebstahl in einem Hause der Straßendorfer Allee wurden am 18. ds. Mts. folgende Sachen gestohlen: eine grüne Blüschtblende, zwei grüne mit rotem Rand gefärbte Tischdecken, zwei verfilberte und zwei Kronleuchter. — In der Nacht vom 19. zum 20. ds. Mts. sind mittels Einbruchs aus einem Geschäft der Bredergasse folgende Sachen gestohlen: 13 verflochtenfarbige Hüte, 1/2 Duzend weiße Taschentücher mit bunter Kante, 2 1/2 Duzend Nappahandschuhe, 3 Paar weiße Glacehandschuhe, 3 Paar Nappahandschuhe, 18 Säckchen und Kravatten, 75 Oberhemden, 51 Spazierhüte, 14 Taschentücher, 22 Portemonnaies und 2 Schirme.

Conti. Abgefaßt. Mittwoch morgen eben vor 6 Uhr erschienen, nach dem Anzeiger i. d. F. 2., zwei junge Leute auf dem Bahnhof mit zwei gefüllten Martenrucksäcken und waren sich Fahrkarten nach Lübeck zu dem um 6 Uhr abgehenden Zuge. Einem Bahndiener fiel das Gepäc auf und er klappte Verdacht, der sich auch bestätigte. Es wurde sofort telegraphisch der in Glindeborn stationierte Gendarmeriemannschaftswächter benachrichtigt, welcher dann auch die bezeichneten beiden Männer in dem halb darauf ankommenden Zuge ermittelte und festnahm. Mit dem etwa 2 Stunden später nach Contin abgehenden Zuge brachte er dieselben nach hier und überließerte sie dem Gefängnis. Nach näherer Durchsuhung der Rucksäcke befanden sich dem einen ca. 20 Pfund Speck, 10 Pfund Butter, 5 Pfund Käse, 10 Pfund Mehl, die beiden jungen Leute, nach ihren Angaben der Arbeiter Lau-

rigen aus Hamburg und der Kellner Schindler aus Waldprechtswies, in derselben Nacht einem Landmann aus Braatrade gestohlen hatten.

Schwarzenhof. Umfangreiche Hausjungen wurden in den letzten Tagen in Grode vorgenommen, wobei größere Mengen an Getreide, Fleisch und Mehl vorgefunden wurden. Die Vorkräfte wurden beschlagnahmt. Inwiefern hier Uebertretungen der erlassenen Verordnungen vorliegen, auch die in Schwarzenhof an zwei Stellen vorgenommenen Hausjungen mit einem Schleichhandel in Verbindung zu bringen ist, wird die eingeleitete Untersuchung und das weitere Strafverfahren ergeben.

Hamburg. Der Allgemeine Arbeiterrat. Die nicht anders zu erwarten, haben profitierliche Händler und ihre Helfershelfer von dem reichen Heringssegen, der Hamburgs Bevölkerung in der letzten Zeit aus der Elbmündung auftrugte, einen Teil in ihre Hände geleitet, die Deringe ohne Erlaubnis verarbeitet und dann, natürlich zu „anemessenen“ Preisen, in den Handel gebracht. Mit erheblichen Mehraufwendungen müssen dann die Leute, die stundenlang vergeblich vor den Läden auf die frischen Deringe warteten, die verarbeitet Deringe kaufen. Es ist begreiflich, daß diese Schiebung, durch die der Bevölkerung die frischen Deringe entzogen und verteuert werden, große Empörung auslösten. Deshalb wird vom Kriegsvereinsrat darauf hingewiesen, daß diese Verarbeitung ohne Erlaubnis nach den Bekanntmachungen über den Abhof von subretrierten Fischen vom 15. Februar 1917 und 17. September 1917 strafbar ist, und zwar mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Die Strafandrohung ist ja sehr ersticklich; wir bezweifeln aber, daß sie viel nützen wird, denn viele Gerichte haben bisher Vergehen gegen die Lebensmittelförderung der Bevölkerung ungläublich milde beurteilt, so daß die „Strafen“ keineswegs abschreckend wirken konnten. Wenn nicht die Gerichte härter vorgehen, dann nützt auch keine Strafandrohung, und die Bevölkerung verliert die Lust, Lebensmittel anzuzeigen!

Hamburg. Die Dirsch-Dunderischen Gewerkschaften und der Malienstreik. Am Ende Januar resp. Anfang Februar in den verschiedensten Industriezentren der Malienstreik ausbrach, erklärten die Führer der freien Gewerkschaften, daß ihre Verbände diesen Streiks völlig fernstünden und daß ihre Meinungen an ihnen in keiner Weise beteiligt seien. Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) nahm eine Erklärung entgegen, in der jene das Volkswohl schädigenden Bestrebungen auf das Schärfste verurteilt und die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften und alle auf freibürgerlichem nationalen Boden stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen eindringlich gewarnt werden, sich an ihnen zu beteiligen. Er erwartete von ihnen, so hieß es in der Erklärung, daß sie alle Aufforderungen, die Arbeit niederzulegen, entschieden ablehnen, sowohl im vaterländischen wie im wohlverstandenen eigenen Interesse. Während die freien Gewerkschaften in konsequenter Weise den Bestrebungen am Streik keine Unterstützung zur entgangenen Arbeitsverdienst ausgaben, haben die „Dirsch“, wie berichtet wird, für jeden Loz der Arbeitniederlegung aus einem Sonderfonds — nicht aus der Haupt- oder Sozialkasse — eine Unterstützung von 5 Mark erhalten. Wie die Dirsch-Dunderischen ihr Verhalten mit der Erklärung des Zentralrates in Einklang bringen wollen, ist in ihre Sache. Öffentlichlich versuchen sie aber einen Mitgliederfang, bei dem sie nicht auf ihre Kosten kommen werden. Uns kam es lebhaft darauf an, ein derartiges Verhalten zu kennzeichnen. Oder sollten die 5 Mark eine Anreizprämie für künftige Arbeitseinstellungen sein?

Hilona. Mutter und fünf Töchter als Warenhausdiebinen. Schon längere Zeit beobachteten Beamte des Fahndungskommandos eine in Farmsbek wohnende, aus Mutter und fünf Töchtern bestehende Familie, die verdächtig war, daß sie ihren Lebensunterhalt aus dem Erlös für in Warenhäusern gestohlene Sachen bestritt. Eine Hausjungen bestätigte die Annahme. Es konnten Kleider, Hülsen und Wäsche im Werte von 10.000 Mark beschlagnahmt werden; dazu kommt der Wert der verkauften Sachen, die kaum noch zu ermitteln sein werden. Die Diebesbande unternahm die Raubzüge in den meisten Fällen gemeinsam, um so die Aufmerksamkeit der Verkäuferinnen von denen abzulenken, die stahlen.

Hamburg. Opfer des Eises. Im Rande des Außenschlittens brach gestern mittag ein Knabe ein, der die dünne Eisedecke betreten hatte, und ertrank. Das Kind konnte nur als Leiche geborgen werden.

Riel. Durch Gase vergiftet. Ein in dem Rieselbach zu Rielsdorf arbeitendes russisches Ehepaar hatte die Klapspeis geheizten Ofens zu zeitig geschlossen und sich zum Schlafen niedergelegt. Der Mann ist an Gasvergiftung verstorben, und die Frau wurde in hoffnungslosem Zustande nach Riel gebracht.

Neumünster. Ertrunken. Am Mittwoch nachmittag veranlaßt sich der 14jährige Knabe Kurt Lallstedt mit Schlittschuhen auf dem Reich der früheren Badeanstalt am Ghardorferweg. Er brach durch die dünne Eisedecke und bevor Hilfe zur Stelle war.

Hortorf. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in Groß-Wollstedt. Der 14jährige Sohn des Arbeiters Malsmann war mit einem Arbeiter zusammen beim Pflügen beschäftigt. Bei einer Landbiegung mußte sein Pferd ausgespannt werden. Dieses hatte der Knabe M. zu führen. Er setzte sich auf das Pfluge und handelte sich nicht herunterzufallen, auf demselben fest. Das junge Tier schaute, machte einen Seitenprung und der Knabe fiel herunter. Dabei verwickelte er sich in den Halftern, mit denen er sich festgehalten hatte. Man wurde der Bedauernswerte hinter dem davonraufenden Tiere hergeschleppt und zwar so lange, bis dem Jungen alle Kleider heruntergerissen waren und der nackte Körper durch Kälte und Jaun geschleudert wurde. Die Leiche wurde der Mutter ins Haus gebracht. Der Vater des Verunglückten steht im Felde.

Burg a. F. Die unvermutete Revision. Zum ersten Male wurde auch auf der sedmännlichen Kleinbahn polizeilich revidiert. In Betersdorf wurde bei sämtlichen Fahrplänen das Gepäc untersucht. Dabei fanden sich über einen Zentner Stroh, ferner Speck, Eier und andere ichone Dinge vor, die beschlagnahmt wurden.

Wasmstedt. Ein Opfer des Eises wurde der 10jährige Sohn des Rainers Schlüter in der Grodenborfer Heide, der durch das Eis einer Lehmhülle der früheren Pfaffen Ziegelei brach, wohin er sich zum Schlittschuhen begeben hatte.

Sonderburg. Ein Opfer des Eises wurde hier der 12jährige Sohn des Maurers Lange, der auf dem großen Mühlenteich einbrach und ertrank.

Friedrichstadt. Ein Kind ertrunken. Die 10jährige Tochter des Schlächtermisters Gerbau lief auf das dünne Eis der Treene, brach ein und ertrank.

Heterjen. Ein sonderbares Urteil. Wegen Uebertretung der Höchstpreise hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht die Gärtnereibesitzer Ehepaar M. und M. und der Hofbesitzer R. aus Heterjen zu verantworten, die im Herbst an die Ernährungskommission rote Wurzeln zu 25 Pfg. das Pfund verkauft hatten. Zwei Mitglieder der Ernährungskommission Stadtrat M. und Stadtverordneter B., die den Kauf abgeschlossen haben, fanden ebenfalls unter Anklage. Das Gericht sprach die angeklagten Ehepaare M. und den Hofbesitzer R. frei, verurteilte jedoch die beiden Mitglieder der Ernährungskommission zu je 500 M. Geldstrafe oder je 333 Tagen Gefängnis. Außerdem wurde auf Beschlagnahme der roten Wurzeln erkannt.

Kalldorf. Zwei Opfer der Arbeit. Gestern nachmittag erlitt der Stationsarbeiter Gollisch einen schweren Unfall. Er stand auf dem Trittbrett einer Lokomotive, als ein vom Winde

Die Bewegung geleiteter Güterwagen ist ersafte und so schwer quersicht, daß der Tod sofort eintrat. — In W a r n e m i n d e g e z i e t am gleichen Tage der Stationsarbeiter Köglin in Ausübung seines Dienstes zwischen eine Lokomotive und die Kohlenbarne, wodurch er so stark gequetscht wurde, daß er an den Folgen verstarb.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Salz und Rauchfleisch — 15 Mark pro Kilo.

Fast täglich liest man in den Zeitungen vom Schleichhandel, wozu vor ihm und sucht ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen. Und trotzdem wird dem Arbeiter in den Fabriken Schleichhandelsware angeboten. So bietet auch jetzt wieder eine hiesige Firma 400 Gramm Salz und 400 Gramm Rauchfleisch zum Preise von 15 (fünfzehn) Mark pro Kilo an. Man weiß nicht, ob man den Arbeiter damit verhöhnen oder ihn zu neuen Lohnforderungen aufschrecken will. Früher verdiente ein Arbeiter 3 Mk. auch 4 Mk. pro Tag und bezahlte für ein Pfund Rauchfleisch 70 bis 80 Pfg., also ungefähr ein Fünftel seines Tagesverdienstes; demnach müßte er also jetzt 5 x 7,50 Mk. = 37,50 Mk. pro Tag verdienen, um mit den Preisen auf gleicher Höhe zu bleiben. Wenn man bedenkt, daß sich im Rauch- und Salzfleisch noch verschiedene Knochen befinden, und daß es manchmal so dünn ist, daß man weiter nichts als Schwarte hat, so kann man es wohl begreifen, wenn die Arbeiter ein solches Anerbieten mit Entrüstung von sich weisen.

Im Fürstentum Lüber bezahlte man dem Arbeiter, der mühselig ein Schwein durchgefüttert hatte, für seinen Speck, den er abgeben mußte, und keine Knochen enthalten durfte, 1,50 Mk. pro Pfund und hier bietet man demselben Arbeiter ein Pfund zu 7,50 Mk. mit Knochen an, und predigt dann vom Durchhalten. Wenn das keine Verhöhnung ist, so finde ich keinen anderen Ausdruck dafür.

wörtlich übereinstimmt, ist wie das „Berl. Tagebl.“ erzählt, von Lenin und Trotski gezeichnet. Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote, die erst in einigen Tagen abgehandelt werden dürfte, werden noch Beratungen gepflogen werden. Wie berichtet wurde, dürften die neuen Friedensverhandlungen auf Grund eines Programms, das von beiden Seiten zuvor genau stipuliert werden soll, in Brest-Litowsk wieder aufgenommen werden. Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Persönlichkeiten geführt werden, die die Materie während der letzten Beratungen in Brest-Litowsk genau kennen gelernt haben. — Inzwischen wird Herr von Kühlmann die Verhandlungen in Bukarest oder (vielleicht) der Sitz der Konferenz ist noch nicht endgültig bestimmt worden) wahrnehmen. Am Sonntag, dem 24. oder Montag, dem 25. Februar soll mit den Verhandlungen begonnen werden.

Wien, 21. Februar. Die Abmachungen betreffend den Verkauf der Grenze zwischen der Ukraine und Polen sind ausschließlich das Werk des Grafen Czernin und der ukrainischen Delegation. Die deutsche Vertretung hat sich in dieser Frage ausdrücklich völlig desinteressiert erklärt. Wenn jetzt von einer Abänderung des Paragraphen 2 des Vertrages, der sich auf die Festsetzung der Grenze bezieht, die Rede ist, daß ungefähr die Hälfte des Cholmer Gebietes nun doch an Polen fallen soll, so ist dies eine Kompensation der Ukrainer für die ihnen von Oesterreich-Ungarn gegen die Großen russischen Unterstützung anzusehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lüber.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. Februar. (Antlich.) Der unermüdblichen Tätigkeit unserer U-Boote fielen an der englischen Westküste letzthin 5 Dampfer und 2 Segler zum Opfer, darunter der bewaffnete englische Dampfer „Mexico City“ (5078 Brutto-Register-Tonnen), der englische Dampfer „Sophie“ und ein etwa 5000 Brutto-Register-Tonnen großer Dampfer, angehend vom Einheitsstyp. Die beiden Segler waren Zweimast-Schoner, der eine englischer, der andere französischer Nationalität, letzterer namens „Marie Madeleine“. — Eines der U-Boote hat außerdem zwei bewaffnete englische Frachtdampfer durch Artilleriebeschuß beschädigt.

Der Chef des Admiraltabes der Marine.  
Vor den Friedensverhandlungen.  
Berlin, 22. Februar. Der russische Kurier traf gestern abend in Berlin ein und überreichte den Friedensvorschlag der Petersburger Regierung. Die Urkunde, die mit dem bekannten Petersburger Fünfspuch

## Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet in dieser Woche nicht statt, da nicht genügend Knochen zur Verfügung stehen.

Lüber, den 21. Februar 1918. (788)

Das Postzeiamt.

## Rauchverbot für Jugendliche.

Die nachstehende Verordnung wird in Erinnerung gebracht:

## Bekanntmachung.

(Veröffentlicht am 10. März 1918.)

Um im gesundheitlichen Interesse dem in letzter Zeit immer mehr um sich greifenden Tabakrauchen jugendlicher Personen zu steuern, prordert das Gesundheitsamt, was folgt:

Personen unter 18 Jahren ist es verboten, Tabak, Rararren oder Zigaretten zu rauchen. Für die Befolgung dieses Verbots sind auch die zur Beaufsichtigung jugendlicher Personen Verpflichteten verantwortlich.

Es ist ferner verboten, an Personen unter 16 Jahren Tabakspfeifen, Tabak, Rararren oder Rararren zu verkaufen oder im Gewerbebetriebe abzugeben. Für die Befolgung dieses Verbots sind auch die jugendlichen Personen selbst sowie die zu ihrer Beaufsichtigung Verpflichteten verantwortlich.

Zwangsmaßnahmen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Lüber, den 9. März 1918. (741)

Das Gesundheitsamt.

# Lüberer Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

Activa.

Bilanz pro 31. Dezember 1917.

Passiva.

	M.	h.		M.	h.
An Grundstücks-Konto Johannisstraße 46/52	358187	70	Per Geschäftsanteil-Konto	20470	—
Grundstücks-Konto Lindenstraße 71	16596	89	Abschreibungs-Konto	43920	38
do. Töpferweg 65	112654	16	Reservefonds-Konto	33651	84
Dampfmaschinen-Konto	1	—	Spezialfonds-Konto	31851	21
Sieb- und Seidmaschinen-Konto	1	—	Unterstützungsfonds-Konto	37973	92
Motor- und Maschinen-Konto	1	—	Bau-Konto	31308	57
Inventory-Konto	1	—	Hypotheken-Konto Johannisstraße 46/52	188000	—
Reinigungsmaschinen-Konto	1	—	Hypotheken-Konto Töpferweg 65	66000	—
Pferde- und Wagen-Konto	1	—	Spareinlagen-Konto	511514	58
Kassa-Konto	949	02	Bibliothek-Konto	6323	93
Giro-Konten	119444	14	Kriegssteuerversehungsfonds-Konto	5000	—
Depositen-Konto	1150	—	Pferderefervefonds-Konto	17000	—
Großeinkaufs-Gesellschafts-Konto	9000	—	Anlage Getreideentkeimungs-Konto	3057	15
Kantienlagen-Konto	379458	81	Dividenden-Konto	3980	—
Verlags-Gesellschafts-Anteil-Konto	8594	92	Kreditoren-Konto	44942	10
Pflichtversicherungs-Anteil-Konto	2600	—	Gewinn- und Verlust-Konto	27596	14
Debitoren-Konto	12164	46			
5%ige Obligationenleihe d. GEG.	20000	—			
Anleihe-Konto	23000	—			
Waren-Konto	8783	72			
	M. 1072589	82		M. 1072589	82

Debet.

Gewinn- und Verlust-Konto.

Kredit.

	M.	h.		M.	h.
An Handlungs-Unkosten-Konto	97380	45	Per Gewinn-Vortrag von 1916	580	74
Reparaturen-Konto	26441	87	Gewinn auf Waren-Konto	411563	61
Brenn- und Beleuchtungs-Konto	45780	17	Miete-Konto	20276	70
Pflichtversicherungs-Konto	21127	32	Eingang abgeschriebener Forderungen	16	46
Lehn- und Salär-Konto	122607	58			
Kassen-Konto	14710	77			
Abgaben-Konto	3286	87			
Kontokorrent-Konto	3694	22			
Abziehungen pro 1917:					
Grundstücks-Konto Johannisstraße 46-52 3%	Mk. 11077,97				
Grundstücks-Konto Töpferweg 65 3%	Mk. 3454,15				
	Mk. 14532,12				
Verteilung des Reingewinns von 1917 lt. Bilanz:					
Dividenden-Konto	Mk. 3860,—				
Bibliothek-Konto	5000,—				
Unterstützungsfonds-Konto	5000,—				
Reservefonds-Konto	5000,—				
Spezialfonds-Konto	5000,—				
Abschreibungs-Konto:					
Uebertragungen an verschiedene	3600,—				
Reparaturen-Konto	2000,—				
Kriegssteuerversehungsfonds-Konto	2000,—				
Beihilfen für die Hinterbliebenen der am Kriege Gefallenen	2000,—				
Bergütung an die im Geschäft tätigen Personen	2970,—				
1 Proz. Rückvergütung an unsere Mitglieder	14700,—				
Gewinn-Konto	27596	14			
	M. 432437	51		M. 432437	51

Am 1. Januar 1917 betrug die Bilanzsumme 1809  
Abgang mit Schluss des Jahres 1917:  
Minderungen 4  
Zunahmen 31  
1274  
Gänge und Abgänge 1917 47  
Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1918 1321

Grundverpflichtetes Jahr mit beschränkter Haftung.  
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben sich seit dem 1. Januar 1917 um 710,— Mk. erhöht.  
Die Passivsumme hat sich um 360,— Mk. erhöht ab 1. Januar 1917.  
Betrag der Passivsumme am 31. Dezember 1917: 39 630,— Mk.

## Lüberer Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

Der Vorstand:

Der Aufsichtsrat:

J. H. Pein, J. H. Meyer & Co., J. H. Meyer & Co.

H. Hof, H. Rabben, C. Hamann.

## Hansa-Theater.

Sonntag, 24. Februar, abends 7 Uhr, an allen Wochentagen:

### Die Förster-Christel.

Operette in 3 Akten von Georg Janin.

Abends 3 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Preise.

### Max und Moritz.

Eine lustige Buben-Geschichte. (740)

Montag, den 25. Februar, abends 7 Uhr:

### Die Förster-Christel.

## Krawatten

## Rosenträger

## Herren-Wäsche

## Aug. Janensch

Sandstr. 6. (781)

## Deutsch-russischer

## Soldatensprachführer.

— Preis 20 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

## Hansa-Theater.

Sonntag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Letzte Vorstellung: (736)

## Im deutschen Sudan.

Filmwerk in 4 Akten.

Einmaliger Anblick des berühmtesten Vorkämpfers und an der Spitze des Hansa-Theaters.

Abends 7 1/2 Uhr: (737)

Abends 7 1/2 Uhr: (738)

Abends 7 1/2 Uhr: (739)

Abends 7 1/2 Uhr: (740)

Abends 7 1/2 Uhr: (741)

Abends 7 1/2 Uhr: (742)

Abends 7 1/2 Uhr: (743)

Abends 7 1/2 Uhr: (744)

Abends 7 1/2 Uhr: (745)

Abends 7 1/2 Uhr: (746)

Abends 7 1/2 Uhr: (747)

Abends 7 1/2 Uhr: (748)

Abends 7 1/2 Uhr: (749)

Abends 7 1/2 Uhr: (750)

Abends 7 1/2 Uhr: (751)

Abends 7 1/2 Uhr: (752)

Abends 7 1/2 Uhr: (753)

Abends 7 1/2 Uhr: (754)

Abends 7 1/2 Uhr: (755)

Abends 7 1/2 Uhr: (756)

Abends 7 1/2 Uhr: (757)

Abends 7 1/2 Uhr: (758)

Abends 7 1/2 Uhr: (759)

Abends 7 1/2 Uhr: (760)

Abends 7 1/2 Uhr: (761)

Abends 7 1/2 Uhr: (762)

Abends 7 1/2 Uhr: (763)

Abends 7 1/2 Uhr: (764)

Abends 7 1/2 Uhr: (765)

Abends 7 1/2 Uhr: (766)

Abends 7 1/2 Uhr: (767)

Abends 7 1/2 Uhr: (768)

Abends 7 1/2 Uhr: (769)

Abends 7 1/2 Uhr: (770)

Abends 7 1/2 Uhr: (771)

Abends 7 1/2 Uhr: (772)

Abends 7 1/2 Uhr: (773)

Abends 7 1/2 Uhr: (774)

Abends 7 1/2 Uhr: (775)

Abends 7 1/2 Uhr: (776)

Abends 7 1/2 Uhr: (777)

Abends 7 1/2 Uhr: (778)

Abends 7 1/2 Uhr: (779)

Abends 7 1/2 Uhr: (780)

Abends 7 1/2 Uhr: (781)

Abends 7 1/2 Uhr: (782)

Abends 7 1/2 Uhr: (783)

Abends 7 1/2 Uhr: (784)

Abends 7 1/2 Uhr: (785)

Abends 7 1/2 Uhr: (786)

Abends 7 1/2 Uhr: (787)

Abends 7 1/2 Uhr: (788)

Abends 7 1/2 Uhr: (789)

Abends 7 1/2 Uhr: (790)

Abends 7 1/2 Uhr: (791)

Abends 7 1/2 Uhr: (792)

Abends 7 1/2 Uhr: (793)

Abends 7 1/2 Uhr: (794)

Abends 7 1/2 Uhr: (795)

Abends 7 1/2 Uhr: (796)

Abends 7 1/2 Uhr: (797)

Abends 7 1/2 Uhr: (798)

Abends 7 1/2 Uhr: (799)

Abends 7 1/2 Uhr: (800)

Abends 7 1/2 Uhr: (801)

Abends 7 1/2 Uhr: (802)

Abends 7 1/2 Uhr: (803)

Abends 7 1/2 Uhr: (804)

Abends 7 1/2 Uhr: (805)

Abends 7 1/2 Uhr: (806)

Abends 7 1/2 Uhr: (807)

Abends 7 1/2 Uhr: (808)

Abends 7 1/2 Uhr: (809)

Abends 7 1/2 Uhr: (810)

Abends 7 1/2 Uhr: (811)

Abends 7 1/2 Uhr: (812)

Abends 7 1/2 Uhr: (813)

Abends 7 1/2 Uhr: (814)

Abends 7 1/2 Uhr: (815)

Abends 7 1/2 Uhr: (816)

Abends 7 1/2 Uhr: (817)

Abends 7 1/2 Uhr: (818)

Abends 7 1/2 Uhr: (819)

Abends 7 1/2 Uhr: (820)

Abends 7 1/2 Uhr: (821)

Abends 7 1/2 Uhr: (822)

Abends 7 1/2 Uhr: (823)

Abends 7 1/2 Uhr: (824)

Abends 7 1/2 Uhr: (825)

Abends 7 1/2 Uhr: (826)

Abends 7 1/2 Uhr: (827)

Abends 7 1/2 Uhr: (828)

Abends 7 1/2 Uhr: (829)

Abends 7 1/2 Uhr: (830)

Abends 7 1/2 Uhr: (831)

Abends 7

## Das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt.

### Die vorläufige Entscheidung.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat, wie gestern schon kurz berichtet, am Mittwochabend den zu dem grundlegenden § 3 der Regierungsvorlage gestellten konservativ-freikonservativen Pluralwahlrechtsantrag angenommen. Dafür stimmten außer den 16 Antragstellern auch 4 von den 6 nationalliberalen Kommissionsmitgliedern, dagegen die beiden anderen Nationalliberalen, Zentrum, Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen. Damit ist das gleiche Wahlrecht zunächst wenigstens beseitigt. Die Entscheidung ist aber nur eine vorläufige, denn noch hat das Plenum das Wort, und dort sind die Aussichten für das gleiche Wahlrecht, wenn auch nicht gute, so doch erheblich bessere.

Die Abstimmung bedeutet eine schwere Niederlage der Regierung, die noch kurz vorher durch den Vizepräsidenten des Staatsministeriums die offizielle Erklärung hatte abgeben lassen, daß sie auch ein Pluralwahlrecht, das die Zusätzlichen bemißt nach Alter, Selbständigkeit und Bildung mit den Grundlagen ihres Entwurfes nicht für vereinbar halte. Der Beschluß der Kommission geht aber nicht darüber hinaus, denn er will die Stimmen auch nach Einkommen und Vermögen bemessen. Nach der Erklärung Friedbergs, die völlig eindeutig ist und durch die seine Ausführungen vom Montag hinfällig werden, bestand zunächst noch ein schwacher Hoffnungsschimmer für die Freunde des gleichen Wahlrechts, aber die Hoffnung wurde zu Wasser, nachdem mehrere Nationalliberale sich mit Schärfe gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen hatten. Mit der Nacht, die ihnen das Dreiklassenwahlrecht einräumte, haben die Konservativen, Freikonservativen und die Mehrzahl der Nationalliberalen einen Mißbrauch getrieben, der ihnen teuer zu stehen kommen wird.

In der Mittwochssitzung des Verfassungsausschusses lief ein nationalliberaler Antrag ein, der ein Dreiklassenwahlrecht nach Art des Wahlrechts für die Gemeindevertretungen und daneben den Proporz in gemischtprachigen Landesteilen vorseht. Ein Volksparteiler führte aus: Der ganze preussische Verwaltungsapparat ist von konservativem Geiste beseelt. Unter dem gleichen Wahlrecht werden wir wahrscheinlich eine Mehrheit haben, die so aussehen wird, wie die jetzige Reichstagsmehrheit. Darauf kann sich dann die Regierung stützen und Preußen wird dabei nicht zugrunde gehen. Er hoffe, daß Dr. Friedberg nicht von der Erklärung, die er und die Regierung abgegeben haben, weichen will, es wäre auch zu unverständlich. Der Minister des Innern habe ausdrücklich erklärt, daß nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts in Betracht kommen könne und daß jeder andere Versuch unannehmbar sei. Die Fortschrittler werden für keinen Pluralantrag stimmen, auch nicht für den Dreiklassenantrag der Nationalliberalen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg antwortet, er habe letztlich nur ausführen können, daß die Prüfung der Fragen des nationalliberalen Redners Sache des Staatsministeriums ist. Diese Prüfung hat inzwischen stattgefunden. Alle Vorschläge für Zusätzlichen bedeuten eine Begünstigung, die ja gerade durch die Reform des alten Wahlrechts beseitigt werden sollen. Aus diesen Gründen vermag die königliche Staatsregierung in den angebotenen Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie würden die Zwecke, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils unerwünschte Ungleichheiten in die Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel stärker demokratisieren, als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu komme noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzbestimmungen. Dadurch wird in weiten Kreisen unseres

Vollkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfes, das gleiche Wahlrecht verlassen und auf ein Pluralwahlrecht zurückgegriffen werden sollte. Das liegt aber nicht in der Herausgesprochenen Absicht der kgl. Staatsregierung. Ich kann deshalb die Zustimmung der kgl. Staatsregierung zu den Vorschlägen des Herrn Dr. Hoffmann nicht in Aussicht stellen.

Darauf folgte die Begründung des nationalliberalen Antrages durch den Antragsteller, der das gleiche Wahlrecht ablehnt, weil es Adolf Hoffmann zum Kultusminister machen würde. Minister des Innern Dr. Drews erklärt den nationalliberalen Antrag für ein verschärftes Dreiklassenwahlrecht. Zur Ehre der deutschen Arbeiter sei hervorzuheben, daß sie genügend Interesse und Verständnis für kulturelle Bedürfnisse hätten. Ein konservativer erklärt, daß seine Partei im Falle der Ablehnung ihre Anträge den nationalliberalen Antrag wohlwollend prüfen werde. Nach der heutigen Erklärung Dr. Friedbergs erscheine eine Verständigung zwischen den Konservativen und der Staatsregierung ausgeschlossen, aber sie könnten unter keinen Umständen unter ihren Antrag heruntergehen. Ein Nationalliberaler jagt, daß für den Dreiklassenantrag eines seiner Parteigenossen sich nicht alle Kommissionsmitglieder seiner Partei einsetzen werden, obwohl auch er nach wie vor Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht habe. Dann kommt er auf seine Behauptung über die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zum Pluralwahlrechtskompromiß zurück. Es sei ihm natürlich nicht eingefallen, zu behaupten, ein Sozialdemokrat hätte seine ausdrückliche Zufriedenheit mit einem Pluralwahlrecht erklärt, so taktisch unklug sei kein Sozialist. Aber am 6. Juli in der Besprechung beim Reichsanwalt, sei die Lage so gewesen, daß die Sozialdemokratie zufrieden gewesen wäre, wenn sie damals das Pluralwahlrecht bekommen hätte. Das behauptete der Redner auch heute noch; die Haltung des „Vorwärts“ nach dem königlichen Oftererlaß bestätigte das. Der Oftererlaß ließ den Weg zum Pluralwahlrecht offen und der „Vorwärts“ habe den Erlaß damals freudig begrüßt. Daraus gehe hervor, daß der „Vorwärts“ damals mit dem Pluralwahlrecht sich zufrieden gegeben hätte. (Das ist unwar. Red.) Am 6. Juli ist auch von keinem der Herren mit einem Worte darauf gedrängt worden, daß über den Oftererlaß hinausgegangen werden soll.

Ein Freikonserverativer begründet den Antrag, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes aufzufordern, durch den das Gemeindevahlrecht dem Landtagswahlrecht angepaßt wird. Dieser Antrag sei nicht, wie der „Vorwärts“ neulich geschrieben hätte, ironisch gemeint, sondern beruhe auf ernster Ueberzeugung. Nach Durchführung des gleichen Wahlrechts werde das Königtum nicht unversehrt bleiben, sondern eine parlamentarische Regierung eintreten.

Nachdem noch ein Zentrumsredner die grundsätzliche Stellungnahme seiner Freunde auf den Boden der Regierungsvorlage vorbehaltlich späterer Stellungnahme erklärt hat und auch zwei Nationalliberale sich bedingt für das gleiche Wahlrecht erklärt hätten, wurde der freikonservativ-konservative Pluralantrag mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Freikonservativen und vier Nationalliberale; dagegen zwei Nationalliberale, das Zentrum, der Fortschrittler, der Pole und der Sozialdemokrat. Der nationalliberale Dreiklassenantrag ist damit gegenstandslos geworden, der Regierungsantrag gefallen.

Weiterberatung Donnerstag.  
Der Verfassungsausschuß hat am Donnerstag die Beratung der Wahlrechtsvorlage vorläufig beendet. Eine große Reihe von Fragen freilich soll noch in einer Unterkommission geklärt werden. Das gilt in erster Linie für die Frage der Einführung der Wahlpflicht, für die sich die Mehrheit der Kommission grundsätzlich ausgesprochen hat. Der Untersuchsausschuß soll insbesondere die Frage zu prüfen haben, welche Gründe für das Fortbleiben von der Wahl maßgebend sind und welche Strafen im Falle der Entziehung

der Wahlpflicht festzusetzen sind. Ferner ist dem Untersuchsausschuß überwiegen ein Antrag, nach dem kriegsbeschädigte Wähler, welche sich zur Zeit der Wahl in dem Wahlbezirk aufhalten, aber infolge ihrer Verletzungen in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert sind, von der Aufenthaltsortsgemeinde auf deren Kosten in das Wahllokal zu überführen sind, sofern sie dies 14 Tage vor der Wahl beantragen. Auch die Frage der Auslegung von ständigen Wählerlisten, wie sie heute bereits die Landgemeinde- und Städteordnungen vorseheiben, ist dem Untersuchsausschuß überwiegen. In der Hauptsache wird er sich zu beschäftigen haben mit den Anträgen, die sich auf die Einführung des Proporz, auf eine neue Wahlkreiseinteilung und auf die Frage der Stichwahl beziehen. Die Frage des Proporz spielte in den Debatten eine große Rolle. Es liegen hierzu ein fortwährender und ein nationalliberaler Antrag vor. Nach dem fortwährenden Antrag soll in Wahlbezirken mit mehr als 200 000 Einwohner für jede weiteren angehangenen 100 000 je ein neuer Abgeordneter hinzutreten. Die Stadt Berlin und die Regierungsbezirke Posen, Bromberg, Marienwerder sollen je einen Wahlbezirk bilden. In Berlin sollen 20, im Regierungsbezirk Posen 19, im Regierungsbezirk Bromberg 10, im Regierungsbezirk Marienwerder 13 Abgeordnete gewählt werden, und zwar sollen die Wahlen in diesen und in 25 weiteren Kreisen nach den Grundzügen der Verhältniswahl erfolgen. Der nationalliberale Antrag schreibt vor, daß, wenn in einem Wahlbezirk oder in einem vereinigten Wahlbezirk mehr als zwei Abgeordnete zu wählen sind, die Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl erfolgt. Das Gleiche kann durch königliche Verordnung für gemischtprachige Landesteile vorgeschrieben werden, sofern mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist.

In der Debatte erklärte sich auch Vertreter ebenso wie der Pole grundsätzlich für die Verhältniswahl über ganz Preußen. Sie wandten sich aber beide mit Schärfe gegen die vorliegenden Anträge, die ein Verschnüffelmaß gegen bestimmte Kreise der Bevölkerung, vor allem gegen die Polen, darstellten. Der Minister des Innern gab die Erklärung ab, daß die Regierung sich auf den Boden der Verhältniswahl bewegen könne. Das System erscheint ihm dort angebracht, wo es sich um sehr dichtbevölkerte Wahlkreise handelt, wo die Minoritäten so erheblich sind, daß sie unter normalen Verhältnissen allein einen Abgeordneten wählen würden. Es werde allerdings wünschenswert, die betreffenden Kreise im Geleis kamentlich auszuweichen. Besonders angezeigt sei die Verhältniswahl in den gemischtprachigen Landesteilen. Ob man aber soweit gehen und ganze Regierungsbezirke einbezogen könne, ercheine ihm zweifelhaft.

Die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses wird erst stattfinden, wenn die Unterkommission ihre Arbeiten beendet hat; sicherlich nicht vor Ablauf einer Woche.

## Die „vierte Teilung Polens“.

Der Friedensschluß mit der Ukraine hat die größte Erbitterung bei den Polen hervorgerufen. Der Friedensvertrag setzt auch die Grenze zwischen der Ukraine und dem neuen polnischen Staat fest und weist der Ukraine Gebiete zu, die historisch zu Kongreß-Polen gehören. Darüber sind die Polen erbittert. Sie klagen, der Friedensvertrag sei die „vierte Teilung Polens“. Der Polenklub im österreichischen Parlament hat erklärt, daß er in die schärfste Opposition übergehe. Dadurch wird für den Ministerpräsidenten u. Seidler die Schwierigkeit, eine Mehrheit für sein Subgetproporzium zu finden, wesentlich vergrößert. Auch in Warschau, Lemberg und Lublin fehlt es an Protesten nicht.

Andererseits feiert die ukrainische Rada den Vertrag mit den Mittelmächten als einen Sieg. Kann sie doch darauf verweisen, daß die Mittelmächte ihr nicht nur die besetzten Teile Weißrusslands und Weißrußlands, sondern auch einen Teil Kongreß-Polens räumen werden. So sind die

## Wandel und Wandel.

Von F. W. Hasländer.

30. Fortsetzung.

Freund Burbus war aber auch in solchen Augenblicken eine höchst komische Erscheinung. Sein großer Bart besaß eine halbe Gesicht, und eine kleine Cerevismühle balancierte er mit vieler Geschicklichkeit gegen Wind und Wetter auf dem Kopfe. Oftmals hatte ich ihm gegenüber, wie sehr mich seine totale Umwandlung freute, aber wie unerklärlich sie mir andererseits auch sei, worauf er mir antwortete: „Lieber Jüngling, es mußte anders werden; das Arbeiten mußte ich erst wieder erlernen, denn es ist an sich eine schwere Kunst, und Sie können mir glauben, wenn ich hier mal eine Zeitlang von morgens bis in die Nacht an schwerer Arbeit tätig war, wird es mir später leicht werden, etwas anderes zu ergreifen und beharrlich durchzuführen.“

Wenn ich ihn in solchen Augenblicken an das reizvollste Haus, an seine Wohnung, an die Wandgemälde in derselben und an das Geleitet erinnerte, so machte er ein Gesicht, als schüttle er sich moralisch, und entgegnete mir: „Geleitet Erhabenheit, das war eine nebelgrüne regentartige Existenz; sie liegt hinter uns.“

Ich schrieb also Briefe an bemächtigter Gürtelbesitzer, an die Fortkämmerer und machte Rechnungen über Getreide und Mehl. Mein Kontor lag gerade über der Mühle. Der Boden deselben zitterte beständig, wie bei einem leichten Erdbeben. Bald beachtete mich der alte Müller, etwas nachsehend oder angehend, bald kam Kaspar mit weißbehaartem Gesicht und rauchte ein paar Züge aus einer Pfeife, am öfsten aber, und das war mir am liebsten, kam Sibylle mit ihrem Knäppchen, setzte sich zu mir hin, und wenn wir auch stundenlang nichts sprachen, so gab es doch wieder Augenblicke, wo wir uns eifrig über frühere Zeiten unterhielten, und ich ihr von den Bekannten, die sie in der Stadt hatte, erzählte, was ich machte. Auch der Doktor erschien zuweilen, bald mit der Peitsche, bald mit der Art in der Hand, blieb aber wie lange, wenn Sibylle bei mir war. So vertraut er überhaupt mit den beiden Söhnen und mit Elisabeth war, und so viel er mit ihnen lachte und Späße trieb, so schen er sich unbehaglich zu fühlen, wenn die alte Kalketerin oder Sibylle sich in der Nähe befand. Der letzteren war das auch aufgefallen, und sie erzählte mir, sie habe es ihrer Mutter mitgeteilt, welche ihr erwiderte: sie müsse ihn dafür desto freundlicher und artiger behandeln; denn er sei ein verlorener Sohn, der, auf dem Wege der Besserung begriffen, sich doch noch nicht bei stillen freundlichen Menschen ganz heimlich fühle.

„Es ist eigentlich schade,“ sagte Sibylle hinzu, „daß er mit der Mutter nicht viel spricht, denn neulich, wo sie ihn in das Gespräch zog und über einige neuere Bücher fragte, war sie sehr zufrieden mit ihm.“

Ich fuhr mit der Hand an mein äußerst glattes Kinn und versprach es ihr.

22.

## Bergnügungen auf der Mühle.

Auf einer solchen Mühle mitten im Walde, an keiner großen Straße gelegen, herrschte im allgemeinen ein fast einformiges Leben, und die einzigen Unterbrechungen sind Sonnabendsbesuche bei den Nachbarn oder auch eine Krämerreise, und dabei Tanz oder Jagdpartien, öffentliche und heimliche. Und letztere ließ sich Kaspar zuweilen eifrig angelegen sein, und bei diesen hatte ich namentlich in früheren Zeiten oft die Ehre ihn begleiten zu dürfen. Das Jagdrevier, zur Mühle gehörig, und vom Wetter gepachtet, war nicht groß und befriedigte lange nicht die Jagdgelüste Kaspars. Zu dem heimlichen Jagdrevier gehörte er ein Gemüch, dessen Schaft mit Batterie man abnehmen und in die Tasche stecken konnte. Der Lauf bildete einen Stoß, den er wohlgemut in die Hand nahm, und so zogen wir an schönen Herbsttagen, harmlos ausschauend in der Frühe, sobald der Tag graute, aus. Da war in der Nähe ein herrschaftliches Revier, eine feste und lange Schlucht, an welche oben Krantäuler stiegen und in welcher die Hasen nach eigenem Ermessen Abendmahlzeit droben ihr Nachtquartier aufschlugen. In den Wänden dieser Schlucht hängte große Buchen und am Fuße eines solchen Stammes im dicken Moose nahm das Wild sein Lager, so daß es von den Wänden der Schlucht und von den Bäumen vor Regen und Wind geschützt war.

Wie alle unrechtmäßig zebrochene Frucht am meisten reizt, so war es auch unser größtes Vergnügen, bei grauem Morgen aus dem dampfenden Tal hinaus in die Krantäuler zu steigen und dort, den Rand der Schlucht umgehend, auf die Hasen zu spähen, die uns eifriglich gar nichts angingen. Hatten wir oben herumspähend so zwei, drei gefunden, die unter uns in tiefen Morgenröten befanden lagen, so mußte ich mich oben hinsetzen und ein Zeichen geben, wo sie waren. Kaspar schraubte den Schaft an sein Rohr, schloß sich näher und schloß die Unglücklichen in ihrem Lager, worauf ich als Apporteur hinzustrückte, sie aufnahm, und wir kehrten nicht ohne eine Beute von zwei, drei bis vieren bei aufgehender Sonne nach Haus.

Von den herrschaftlichen Jägern waren wir eigentlich niemals ertappt worden, hatten aber mehrmals in großer Gefahr geknebelt, es zu werden. Ich erinnere mich sehr genau, wie einmals, als ich einen getönten Hasen aus seinem Moosbett herausgezogen, Kaspar aufmerksam in den Wald hineinhorchte, dann auf mich zusprang und mich am Kragen ergreifend, mit mir durch die Büsche und dann, joger durch einen Teil des Mühlbades durchzuziehen, nach Hause zog, und wie bald darauf ein paar herrschaftliche Jäger auf die Mühle kamen, um nach die Pfeife anzuhören, und Kaspar, der sich umgewandt hatte, reichte ihnen das

Feuer mit der Miere eines Remisen, der eben erst aus dem Bette steigt.

Interessanter als diese Hasenjagden waren die Hosen mit großen Hunden auf den Dachs, die abends angestellt wurden. Da zogen wir unser fünf und sechs mit den Hof- und Jagdhunden bei einbrechender Nacht aus. Einige von uns hatten große eiserne Gabeln, andere waren mit schweren Knütteln bewaffnet. Spürten die Hunde den Dachs auf, so wurden sie losgelassen; der Dachs entflo, was er laufen konnte, die Hunde eilten ihm nach, und wir folgten den Hunden so schnell aus unsere Beine zu tragen vermochten, durch Wald und Busch und Feld, eine schreckliche Jagd. Da ging es unbesehen durch Wasserbäche und Dornesträucher, so daß wir oft jämmerlich zugerichtet nach Hause kamen. Hatten die Hunde den Dachs erreicht, so umstellten sie ihn und hielten ihn fest, bis wir zukamen. Die mit den eisernen Gabeln suchten ihn mit denselben zu ertreiben und niederzudrücken, worauf er von den anderen sterblich totgeschlagen wurde.

Ein weit harmloseres, aber für mich uninteressanteres Vergnügen waren die Kirchweihen; desto mehr aber trauten sich alle übrigen Bewohner der Mühle auf ein derartiges Tanzvergnügen, und selbst Sibylle besuchte mit ihrer Schwester Elisabeth die der größeren Dörfer, wo die Gesellschaft deshalb etwas ausgewählter war.

Man kann sich denken, daß der Doktor auf dem Tanzboden seinem nachsah. Er setzte umher, wie er es noch von den Studentenjahren gewohnt war und spielte in jeder Hinsicht die Hauptperson. Beim Hinsetzen ließ er sich nicht nehmen, die Kasse zu lenken, und er tat dies mit besonderer Geschicklichkeit.

Diese sonntäglichen Kirchweihen sind immer die allergrößten Freie und beginnen schon vormittags, wenn Herrschaften und Diensthaken aus der Kirche kommen. Da wird aus dem Schuppen der größte Leiterwagen gezogen, der vorhanden ist. Es werden Querbretter darauf gelegt, auf die man mit Stroh ausgeschappte Säcke bindet, und alsdann wird der Wagen tags mit grünem Reifen besetzt, sowohl zum Schutz gegen die Sonne, als auch zur angenehmen Verzierung. Wer sich von den Krachten und Wägen untadelhaft ausgeführt hat, wird von dem Bas — so nennen sie den Herrn — zur Partie eingeladen und gegen off Uhr geht es fort, was die Pferde laufen können. Gemächlich steigen die Dörfer eine bis zwei Stunden auseinander, und jeder von den größeren Bauern hat nach den Begriffen der alten homerischen Zeit dort einen Galfreund, dem er mit Saft und Honig, mit Pfeffer, Krachten und Wägen ins Haus fällt. Dort ist der Mittagstisch bereitet, es wird sehr viel gegessen, sehr viel getrunken und abends geht es auf den Tanzplatz, und in der Nacht führt die ganze Gesellschaft wieder nach Hause mit Ausnahme vielerlei eines rändigen Schafs in Gestalt eines Küllernochs oder eines Klags, die bei der Grenze der Abfahrt nach aufgeben. (Fortsetzung folgt.)

